

Die Wohnungs- und Bodenfrage.

Die in der „Urania“ abgehaltene Vortragsreihe „Großstadtfragen“ wurde gestern mit einem Vortrag des Vorstandes des Wohnungsamtes der Stadt Wien, Magistratsrat Dr. S a g m e i s t e r, über „Wohnungs- und Bodenfrage“ fortgesetzt.

Der Vortragende bemerkte einleitend, daß die Wohnungsfrage zurzeit wohl nicht die Tagesfrage sei, umso mehr aber die Frage der Zukunft. Rechtzeitige Vorforsorge ist umso mehr geboten, als die praktische Wirkung behördlicher Maßnahmen nicht überschätzt werden darf. Uebrigens ist jede Verordnung ein Eingriff in einen lebenden Organismus und erheischt größte Behutsamkeit.

Von den 540.990 Wiener Wohnungen standen bei der letzten Zählung (Mai 1914) 7516 oder 1.39 Prozent leer, von den 1.352.000 Groß-Berliner Wohnungen 61.770 oder 5.5 Prozent nach einer allerdings erst im Mai 1916 erfolgten Zählung.

Die neuerliche Wohnungszählung in Wien wurde mit dem Stichtag vom 14. April d. J. vorgenommen und ist in Durchführung begriffen, ebenso ist der städtische Wohnungsnachweis in Vorbereitung, dem eine wichtige Doppelfunktion zukommt, einmal der leichtere Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, dann aber auch die fortlaufende Uebersicht über die Gestaltung des Wohnungsmarktes.

Wider Erwarten hat sich das Wiener Wohnungswesen im Kriege vergleichsweise günstiger gestaltet als im Frieden. Der Redner erörtert dabei die Tätigkeit des Wirtschaftlichen Hilfsbüros. Ueber die bisherigen Ergebnisse der Mieterschutzverordnung bringt der Redner einige interessante Zahlen. Im Monat März wurden bei den 21 Mietämtern 346 Anträge eingebracht, wovon 273 nach Verhandlung entschieden wurden. In 39 Fällen wurde die Zinssteigerung als zulässig erklärt, in 59 als teilweise zulässig, in 175 als unzulässig. Eine Anzahl Anträge wurde zurückgezogen, Vertagungen waren sehr selten. Wegen der Mietszinssteigerung für Geschäftslokale wurden die Mietämter nur in 15 Fällen in Anspruch genommen.

Sehr bemerkenswert ist das Abstimmungsverhältnis in den Senaten, die aus einem Vorsitzenden und je einem Vertreter aus Hausbesitzerschaft und Mieterschaft bestehen. In 253

Fällen war Einstimmigkeit zu verzeichnen, in zehn Fällen bildeten Vorsitzender und Mietervertreter, in neun Fällen die Vertreter der Hausbesitzer und Mieter, in einem Falle Vorsitzender und Vertreter der Hausbesitzer die Mehrheit. Das Ueberwiegen der Einstimmigkeit beweist die Sachtlichkeit der Verhandlungen und die Zurückstellung einseitiger Bestrebungen. Bei starker Zuwanderung sei die Schaffung von Wohnungen in genügender Zahl mindestens für die erste Zeit nach dem Kriege physisch nicht möglich, auch die Herstellung billiger Wohnungen dürfe nicht erschöpft werden. Eher könnte das dritte Hauptziel — die Schaffung gesunder Wohnungen — verwirklicht werden.

Der Redner erörtert in diesem Zusammenhang die Frage der Bauordnung, der Wohnungsinspektion und der Wohnungs-ergänzung durch Schrebergärten, die sich im Kriege als eine Einrichtung von größter Bedeutung bewährt haben. Ihnen wird in den Wohnungsplänen aller Städte ein dauerndes, ständiges, als Schrebergarten zu erhaltendes Gebiet zugewiesen sein. Diesem Gebiet sind zweckmäßig Jugendspielfläche und andere dem öffentlichen Wohle gewidmete Freiflächen anzuschließen.

Gründliche Besserung des Wohnungswesens — allerdings in fernere Zukunft — ist nur durch eine Reform des ganzen Siedelungswesens zu erreichen. Bodenreform und weit-ausschauende Bodenpolitik, Erschließung neuer großer Bauungsgebiete durch Schnellbahnen, Bereitstellung großer und niedrig verzinslicher Kapitalien für Klein- und Mittelwohnungen, allmählicher Uebergang von der vielgeschossigen Bauweise zum Flachbau, Dezentralisation der städtischen Industrie, Unterrichts- und Geschäftspiertel, Einführung der einheitlichen Arbeitszeit — alle diese vom Redner näher erörterten Momente müßten ineinandergreifend, gleichzeitig und im großen Umfang zur Geltung gelangen, um einen Erfolg herbeizuführen.

Solange eine so durchgreifende Aenderung unseres ganzen Wohnungswesens nicht möglich ist, muß wenigstens durch Ausbau der vorhandenen Einrichtungen dem dringendsten Bedarf genügt werden. In dieser Beziehung wird namentlich für die kinderreichen Familien durch Sonderbestimmungen in steuerrechtlicher und sonstiger Art eine Erleichterung zu schaffen sein. Die Zahl dieser kinderreichen Familien dürfte sich übrigens als nicht zu groß herausstellen und durch den starken Geburtenrückgang der letzten Jahre noch weiter vermindern. Nach der letzten Zählung sind von 304.000 Haushalten mit Kindern nur 40.000 mit vier und mehr Kindern, auf die Familie entfallen in Wien nach der letzten Zählung (1910) nur 2.3 Kinder. Die ideale Verbindung einer gesunden Wohnungs-, Siedelungs- und Bevölkerungspolitik stelle die Kriegerheimstättenbewegung dar. Mit einem Hinweis auf die siegreiche Macht des Gedankens, der auch auf diesem Gebiet, wenn er zum Gemeingut aller geworden sei, die schlummernden Kräfte wecken und bisher für unmöglich Erachtetes erreichbar machen werde, schloß der Redner seine Ausführungen.